



Edito

Gesunde Provokation?



Die vom Verwaltungsrat des Spitalnetzes Freiburg angekündigte mögliche Schliessung der Akutabteilung im Spital Tifers hat die Politlandschaft im Sensebezirk geeint wie wohl kaum zuvor. Die Exponenten aller Parteien haben sich geschlossen hinter die Beibehaltung der Notfallstation gestellt. Auch vermochte ein öffentlicher Anlass zu diesem Thema die Massen zu mobilisieren, wie es sonst fast nur ein Auftritt eines Bundesrates auslösen konnte!

Das Thema hat dabei vor allem die Emotionen in der Bevölkerung angesprochen. Die Ängste vor einer medizinischen Unterversorgung für die Deutschfreiburger sind berechtigt. Dabei geht es vermutlich weniger um die Distanz zur Spitalversorgung in der Stadt Freiburg, als vielmehr um die Tatsache, dass insbesondere im Kantonsspital die deutschsprachige Betreuung ungenügend ist! Trotz gegenteiliger Beteuerungen ist die Realität in dieser Frage klar negativ und die angekündigten Verbesserungen sind nicht mehr glaubwürdig. Zudem bin ich erstaunt, wie viele Deutschfreiburger (auch aus «traditionellen Senslerfamilien») das Gesundheitswesen im Kanton Bern aufsuchen. Ob dies vor allem aus sprachlichen Gründen geschieht, vermag ich nicht zu beurteilen. Die Realität dieser grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung darf aber künftig nicht mehr geignert werden.

Wenn der Verwaltungsrat des Spitalnetzes nun unter dem Druck der stetig steigenden Kosten nach (vielleicht unkonventionellen) Lösungen sucht, tut er damit nur seine Pflicht. Entschieden ist ja noch nichts. Auch wenn seine Kommunikation nicht optimal war, können wir ihm zumindest nicht vorwerfen, er habe seine Ideen nur im geheimen Kämmerlein gebrütet. Die von den verschiedenen Seiten in Auftrag gegebenen Studien zu möglichen Szenarien mit ihren Auswirkungen auf Gesundheits- und Kostenfragen sind abzuwarten. Vor einem Entscheid, der neben Qualitäts- und Kostenfragen auch die effektive Sprachenproblematik berücksichtigt, darf es in der politischen Diskussion kein Tabu, kein Denkverbot geben, und es müssen auch grenzüberschreitende Modelle geprüft werden.

Jörg Schnyder,
Präsident FDP Sense

Gross heisst nicht unbedingt besser!

Anfangs 2000 hat der Grosse Rat ein Fusionsförderungsfonds beschlossen. Davon wurde rege Gebrauch gemacht. Von 245 Gemeinden gibt es heute noch deren 165. Davon hat es noch 90 Gemeinden mit unter 1'000 Einwohnern und über 40 mit unter 500 Einwohnern. Soviel zu den Zahlen. Nun hat der Grosse Rat einen weiteren «Förderungsrappen» beschlossen und die Oberamt männer wurden beauftragt, mögliche Szenarien auszuarbeiten. Ich habe dabei den Eindruck gewonnen, dass dieser Entscheid gefällt wurde, um der Gemeinde Freiburg zu ermöglichen, kleine, aber finanziell starke Gemeinden in der Agglomeration zu übernehmen.

Ein Beispiel: Nach dem alten Prinzip hätte eine Fusion von Giffers mit der Gemeinde Tentlingen über CHF 1 Mio. Fördergelder erhalten (gerechnet nach dem Einwohnerprinzip CHF 450.– pro Einwohner bis maximal 1'500 Einwohner pro Gemeinde; heute CHF 200.– pro Einwohner, aber unbegrenzt). Für die gleiche Fusion würde heute nur noch knapp die Hälfte bezahlt. Aber zählt denn nur das Geld? Nein, es kommt vielmehr auf andere Werte an. Eine Fusion muss nicht nur geographisch zusammen passen, sondern auch im Herzen zusammen wachsen. Denn die Grundlage unseres Wohlstandes sind selbständige autonome Gemeinden. Wohlwissend, dass die zunehmende Komplexität der Aufgaben, die stark wachsenden Zahl der Gesetze,



Verordnungen und Reglemente den politischen Spielraum der Gemeinden verkleinern, und es immer schwieriger wird, geeignete Leute für die Behörden zu finden. Aber gerade unser Milizsystem hat der Schweiz den jahrzehntelangen Erfolg gebracht. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Der Staat muss Macht abgeben und Kompetenzen übertragen, um ein Gemeinderats-Mandat wiederum lukrativer und interessanter zu gestalten. Die Gemeinde ist nämlich nicht einfach der Steuereintreiber für den Kanton.

Sie sehen, das Problem liegt nicht in erster Linie bei der Gemeindegrösse, sondern anderswo. Wenn wir die eingangs genannten Zahlen vergleichen gibt es sicher notwendigen Fusionspielraum. Aber es darf nicht Fusionen geben nur der Statistik zu liebe. Sonst dürfte man sich auch die Frage stellen, ob 3 Bezirke in Zukunft genügen würden, und ob, verglichen mit anderen grösseren Kantonen, nur noch 5 Staatsräte angebracht wären. Das neu zur

Verfügung gestellte «Ermunterungsgeld» für Gemeindefusionen wird ein Papiertiger bleiben. Aber auch Oberamt männer dürfen einmal träumen.

Ruedi Vonlanthen
Grossrat und Ammann
von Giffers 1991 – 2011

Inhaltsverzeichnis

Seite 1	– Gesunde Provokation? – Gross heisst nicht unbedingt besser!
Seite 2 - 3	– Abstimmung vom 23. September 2012
Seite 4	– Ein Interview mit Walter Stähli, seit 100 Tagen im Amt als Generalratspräsident von Wünnewil-Flamatt – Umfahrungsstrasse Düdingen: Oberirdisch, unterirdisch oder ausserirdisch?

Informationen zu den Abstimmu

«Schutz vor Passivrauchen»



Rauchverbot - Raucher sind nicht Aussätzige

Seit dem 1. Mai 2010 ist das Bundesgesetz zum Schutz vor Passivrauchen in Kraft. Nun kommt es am 23. September 2012 erneut vor das Volk, weil wir über die Volksinitiative «Schutz vor dem Passivrauchen» abstimmen müssen. Die Initiative will das Rauchverbot für alle Kantone als einheitliche Regelung in der Bundesverfassung verankern sowie das Rauchen in Arbeitsräumen verbieten. Die Initiative wird unterstützt von SP, Grünen und CVP. Dagegen sind Bundesrat, Parlament, FDP, SVP und BDP. Ich bin selber aktiver Raucher und

man kann mir vorwerfen ich sei in dieser Sache voreingenommen und nicht objektiv. Stimmt, darum finde ich diese Initiative einen absoluten Blödsinn. Der einzige einigermaßen positive Aspekt dieser Initiative ist die einheitliche Regelung für alle Kantone. Das würde aber heissen, dass alle Kantone ihre weitergehenden Regelungen in den kantonalen Rauchergesetzen abschafften und sich einzig auf die Bundesgesetzgebung abstützten. Daran glaube ich jedoch überhaupt nicht.

Die Initianten beziffern die Gesundheitskosten durch Passivrauchen auf jährlich 420 Millionen Franken. Was sie jedoch nicht erwähnen, sind die Einnahmen aus der Tabaksteuer. Diese betrug laut Bundesamt für Gesundheit im Jahr 2010 etwa 2,25 Milliarden Franken. Sie dienen zur Finanzierung der AHV/IV und decken rund 5 Prozent der Einnahmen. Angesichts der zunehmend schwierigeren Finanzlage unserer Sozialwerke will natürlich niemand auf diese Einnahmen verzichten. Das absurde an dieser Doppelmoral ist, dass man das Geld der Raucher unbedingt benötigt und keineswegs darauf verzichten will, aber am liebsten möchten die Initiativbefürworter diese relativ grosse Minderheit der Raucher verbannen, wie im Mittelalter die Aussätzigen. Dabei profitieren doch unsere Sozialwerke gleich in doppelter Form. Einerseits durch die Einnahmen aus der Tabaksteuer und andererseits deshalb, weil

die kranken Raucher sowieso nicht alt genug werden um unsere AHV zu belasten.

Vor einigen Jahren, bevor wir die Erbschaft aus den USA zum Passivrauchen angetreten haben, habe ich nie bemerkt, dass Raucher und Nichtraucher ein Problem miteinander hätten. Es war meist ein respektvolles Nebeneinander und nicht ein egoistisches Gegeneinander wie es heute durch die ganze Verpolitisierung des Passivrauchens ausgetragen wird. Eigentlich hat sich daran auch nichts geändert, denn ich habe bis jetzt noch nie einen Streit erlebt zwischen Rauchern und Nichtrauchern. Die ganze Thematik spielt sich zur Hauptsache auf Behördenebene und den selbsternannten Gesundheitsaposteln statt. Oft stelle ich sogar Unverständnis fest, dass man um das Passivrauchen ein solches Tamm Tamm machen kann. Als hätten wir keine gewichtigeren Probleme zu lösen! Erst durch die ganze Antiraucherdiskussion ist es insbesondere für viele Restaurantbetreiber zum Problem geworden. Einige haben viel investiert in Fumoirs, was sie bei Annahme der Initiative vergebens gemacht haben und andere haben sich mit massiven Einkommenseinbussen abgefunden. Und dem Arbeitnehmer wird indirekt unterstellt, dass er unfähig und unmündig ist, selbst zu entscheiden wo und wie er arbeitet, denn er versteht ja wahrscheinlich nicht einmal was im Arbeitsvertrag steht.

Verbote sind meiner Ansicht nach äusserst phantasielose Problemlösungsinstrumente, welche die Politik einsetzen kann, wenn es um die Regelung individueller Freiheiten geht. Kaum einmal wird bei deren Beschluss über Durchführbarkeit und Kontrolle nachgedacht. Das ist ja einfach Sache der Polizei. Erst wenn uns dann die Polizei mit dem Bussenzettel gegenüber steht, wird oft bemerkt, was für einen Blödsinn wir beschlossen haben. Hier spreche ich jetzt nicht mehr nur von den Rauchern, sondern auch von all' den andern Verbotsmissachtern wie Alkoholgeniessern, Alpstrassenbenutzern, Pilzesammeln, Jugendlichen, Kiffern, Hundebesitzern, Lärmverursachern, Automobilisten, Gerwerbblern, Kirchen- und Kuhglockenläutern, Geruchsverursachern, Hausmauerbinklern, Bauwilligen, Sportschützen, Spielautomatenherstellern usw... Irgendwann trifft diese Verbotseuphorie jeden von uns. Auslöser ist oft das Fehlverhalten einzelner, welches dann in einer Kollektivbestrafung der Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Oder der aktuelle Zeitgeist entwickelt sich so, wie es beim Rauchen der Fall ist, dass plötzlich etwas vehement bekämpft wird, weil es als nicht mehr als zeitgemäss empfunden wird. Es lebe die Freiheit, die Freiheit zu verbieten. Und jetzt rauche ich eine.

Fritz Burkhalter, Grossrat

Jeckelmann Roland AG
Treppenbau
Schreinerei
Bonnstrasse 26
3186 Düringen
Tel. 026 493 31 19

Wir rechnen Ihren Erfolg
Wirtschaftsprüfung
Buchführung
Unternehmensberatung
axalta
Treuhand AG
Duensstrasse 1
CH-3186 Düringen
Tel +41 26 505 11 11
Fax +41 26 505 11 12
info@axalta.ch
www.axalta.ch

IMMO NOVA
Erwin Egger
Immobilien-Treuhänder
Bahnhofplatz 5
1701 Freiburg
Tel. 026 351 15 70
www.immonova.ch
e-mail: vente@immonova.ch
Mobile 079 606 31 39

PC PROF
HAUPTSTRASSE 34 | 3186 DÜDINGEN
T. 026 492 90 20 | F. 026 492 90 21
INFO@PC-PROFI.CH | WWW.PC-PROFI.CH

AEBI-KADERLI GARTEN-CENTER
Aebi-Kaderli
Garten-Center AG
Stockera 1
CH-3186 Düringen FR
Tel. 026 488 33 33
Fax 026 488 33 34
www.aebi-kaderli.ch

trans-auto
it's clean
Kanalreinigung
Curage des canalisations
Muldenservice
Service multi-bennes
sanitoi.ch
WC-Kabinen
Cabines WC
www.trans-auto.ch

STAMPFLI AG
HAUSTECHNIK
SANITÄR & HEIZUNG
HAUPTSTRASSE 15
3186 DÜDINGEN
TEL. 026-493 11 29
FAX 026-493 29 62

Für zu Fasel
Ihr VW-Vertreter im Sensebezirk!
Garage Fasel Düringen
Telefon 026 493 16 16 - www.garagefasel.ch

STERNHAUS DÜDINGEN AG
Architekturbüro + Generalunternehmung
Peterstrasse 2, 3186 Düringen
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch
Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

SENSIA AG
Kreation in Karton und Papier
Die Druckerei mit dem guten Auge!
Bonnstrasse 22 | 3186 Düringen | www.sensia.info
Tel. 026 492 90 60 | office@sensia.info

BOSCHUNG SCHMITTEN
Kücheneinrichtungen + Schreinerei
Bahnhofstrasse 37
3185 Schmitten
Telefon 026 497 50 00
Fax 026 497 50 10
info@boschungag.ch
www.boschungag.ch

Wir haben was Sie suchen.
LEHMANN
Düringen | www.lehmann.info

CLERC AG
eigenheim planen - realisieren
CLERC bau AG
hoch- und tiefbau
CLERC beton-trenn AG
bohren - schneiden
Ihre Partner am Bau.
3186 Düringen www.clerc.ch

ZENTRUMGARAGE
WALTHER
3186 Düringen / Fribourg
Tel. 026 351 55 00
www.zentrum-garage.ch
PEUGEOT RENAULT

creatransfer GmbH
Bernstrasse 41
3175 Flamatt
031 / 741 30 77
079 / 767 52 99
info@creatransfer.ch
creatransfer.ch
Textildruck
Stickerie
Beschriftungen
Digitaldruck

heizen kühlen lüften regeln sanitär
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire
RIEDO CLIMA
www.riedoclima.ch
Düringen Bulle Bern Flamatt
Neuchâtel Fribourg Port Murten

«Sicheres Wohnen im Alter»

Diese Initiative wurde am 23. Januar 2009 eingereicht. Es ist dies die dritte Initiative in diesem laufenden Jahr, die mit Steuerbegünstigungen das Wohneigentum fördern will. Die zwei bisherigen wurden jeweils klar abgelehnt. Nach mir geht diese Geschichte in Richtung «Zwängerei».

Wir haben seit Jahrzehnten die Möglichkeit, steuerbegünstigt für persönliches Wohneigentum zu sparen - dies mittels der dritten Säule. Jährlich können pro Erwerbstätiger bis zu CH 6'6882.- vom Einkommen abgezogen werden. Bei einem Arbeitspensum von zum Beispiel 50 Prozent kann auch der Ehepartner die volle Summe vom Einkommen abziehen. Beim Kauf oder Bau eines Einfamilienhauses oder einer Wohnung im Stockwerkeigentum kann die volle bisher einbezahlte Summe bezogen werden. Dies gilt auch für Renovierungen, Erweiterungen oder Hypothekarabzahlungen, jedoch nur alle fünf Jahre.

Beim Bezug wird eine einmalige Steuer fällig. Diese hält sich jedoch in einem vernünftigen Rahmen. Wir haben demzufolge schon heute die Möglichkeit jährlich bis CHF 13'364.- fast steuerfrei für Wohneigentum auf die Seite zu legen. Auch die von diesem Kapital anfallenden Vorzugszinsen unterliegen nicht der Einkommenssteuer.

Was wollen wir noch mehr? Kommt noch dazu, dass es einer sehr grossen Mehrheit unserer «Privatiers» doch materiell gut bis sehr gut geht. Also: Klar, ablehnen!

Max Voegeli, Heitenried

«Jugend + Musik»

FDP. Die Liberalen lehnt den direkten Gegenvorschlag ab. Die Partei ist nicht gegen die Musikförderung, sondern für

Föderalismus:

Gemäss Bundesverfassung sind für das Schulwesen die Kantone zuständig. Die Förderung des jugendlichen Musizierens ist eine wichtige kantonale Aufgabe. Es soll deshalb nicht in

der Bundesverfassung festgeschrieben, sondern weiterhin föderalistisch in den Kantonen geregelt bleiben.

Ordnungspolitik:

Die bisherige kantonale Handhabung des Musikunterrichts funktioniert einwandfrei und erlaubt den Kantonen auf die lokalen Gegebenheiten und Schulsysteme einzugehen.

liberales Schulsystem:

Musikstunden gehören in den Stundenplan, nicht in die Verfassung. Da die Schulen am besten wissen, wie viele Lektionen sie für den Musikunterricht einplanen können, ist eine vom Bund vorgeschriebene Regelung zu verneinen.

Pressedienst FDP Schweiz

Workshop der FDP Sense

Visionen • Zukunft • Strategie • Visionen • Zukunft • Strategie • Visionen •

Einladung

Die FDP Sense freut sich, Sie persönlich zu einem Workshop einzuladen.

- Ziele:**
- welche Bedeutung haben die Werte der FDP für uns und die Gesellschaft
 - Entwickeln von klaren Positionen zu Verkehrs-, Sicherheits-, Gesundheits-, Energie- und Strukturfragen für unseren Bezirk
 - Erarbeiten eines Positionspapiers und festlegen der Zukunftsstrategie

Datum: Samstag, 15. September 2012
Ort: Restaurant Alpenrose, Alterswil
Programm: 08.30 – 09.30 Uhr Empfang mit Kaffee und Gipfeli
09.30 – 11.30 Uhr Einleitung, Kurzreferat, Gruppenarbeiten
11.30 – 12.30 Uhr offene Diskussionsrunde bei einem Apéro

Moderation: Konrad Gerster, Gemeinderat Bösinggen

Mittagessen: fakultativ auf eigene Kosten
ab 12.30 Uhr im Restaurant Alpenrose

Anmeldung

- Ja, ich nehme gerne teil und melde mich an:
Name _____ Vorname _____
 Workshop mit Mittagessen Workshop ohne Mittagessen
- Meine Bindung zur FDP (auch Mehrfachnennungen möglich)
- | | | |
|----------------------------------------------|--------------------------------------|-----------------------------------------|
| <input type="checkbox"/> Mitglied | <input type="checkbox"/> Sympatisant | <input type="checkbox"/> Mitglied Forum |
| <input type="checkbox"/> Kommissionsmitglied | <input type="checkbox"/> Gemeinderat | <input type="checkbox"/> Grossrat |

Bitte alle Rückmeldungen bis spätestens am 10. September 2012

per Mail an: c.k.gerster@rega-sense.ch
per Post an: FDP Sense, Postfach 266, 3186 Düringen
per Fax: 026 492 90 65

 Baeriswyl, Schaller u. Partner AG
Dipl. Bau-Ing. ETH/SIA

Bonnstrasse 26, 3186 Düringen
Tel. 026 493 19 15
office@bsp-ing.ch, www.bsping.ch

schaller wohnen
möbel vorhänge bodenbeläge teppiche posterwerkstätte

schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,
3175 Rematt, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78
e-mail: info@schaller-wohnen.ch
www.schaller-wohnen.ch

Garant für gutes Wohnen

emmental
versicherung

Die Versicherung für KMU,
Privathaushalt und Landwirtschaft

Christoph Zbinden • Hauptagentur Freiburg
Route de Chantemerle 41 • 1763 Granges-Paccot
Tel. 026 460 76 82 • christoph.zbinden@emmental-versicherung.ch

 **Crottet AG**
3186 DÜRINGEN TEL. 026 492 90 90

Elektro-Installationen	Lichtplanung
Telekommunikation	Elektro-Fachgeschäft
Steuerungen/Schaltanlagen	Reparaturen / Service

Ein Interview mit Walter Stähli, seit 100 Tagen im Amt als Generalratspräsident von Wünnewil-Flamatt



Im Vorfeld der Abstimmung zur Wiedereinführung des Generalrates wurde häufig das Argument der sachlichen Diskussionen erwähnt. Trifft das nun wirklich auch zu?

Tatsache ist, dass sich die Fraktionen und Gruppierungen im Vorfeld der Generalratssitzung intensiv mit den zu behandelnden Geschäften auseinandersetzen und die Meinungen bereits dort gebildet werden. Es muss aber erwähnt sein, dass in den fünf abgehaltenen Sitzungen noch keine «heissen Geschäfte» behandelt wurden, bei denen die politische Färbung oder die Interessen von Gruppen eine wesentliche Rolle gespielt hätten. Die werden sicher aber noch kommen.

Nach den Gemeindewahlen 2011 haben Sie sich enttäuscht darüber geäussert wie wenig Personen von Flamatt im Generalrat vertreten sind. Hat das nun negative Auswirkungen auf Botschaften, die Flamatt direkt betreffen?

Dass Flamatt weniger stark als Wünnewil vertreten ist, bedaure ich nach wie vor sehr, aber dass sich diese Situation negativ auf das Dorf Flamatt auswirkt kann meines Erachtens ausgeschlossen werden. Ich habe den Eindruck, dass sich die Mitglieder des Generalrates sehr wohl über die Wichtigkeit beider Dörfer in unserer Gemeinde Wünnewil-Flamatt bewusst sind. Der Beweis dafür ist, dass an der letzten Generalratssitzung die drei Botschaften des Gemeinderates – nämlich die Erweiterung des Kindergartens Flamatt, die Verkehrsstudie Flamatt und das Thema Fussweg Zentrum – Bahnhof Flamatt gutgeheissen wurden, auch wenn das mehrheitlich der Bevölkerung von Flamatt zu gute kommen wird. Stellt man sich die Frage der Notwendigkeit und der finanziellen Tragbarkeit, so erübrigt sich die Frage ob es Flamatt oder Wünnewil betrifft.

Für das Präsidialjahr haben Sie sich das Ziel gesetzt, mit sachlich geführten Debatten und Diskussionen eine gute Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Generalrat zu erreichen. Wie kann das erreicht werden?

Sachlich geführte Debatten und Diskussionen können - wie ich eingangs

erwähnt habe - dann erreicht werden, wenn sich die Mitglieder des Generalrates persönlich, in den Parteien/Gruppierungen und in der Fraktion seriös vorbereiten. Dass dabei der Gemeinderat mehr Informationen zu den Botschaften abgeben muss als noch zu Zeiten der Gemeindeversammlung darf nicht als negativ gewertet werden. Für eine gute Zusammenarbeit braucht es aber auch die gegenseitige Anerkennung und Achtung, ungeachtet der Position, die man einnimmt oder zu vertreten hat. Ein Dankeschön oder ein Lob für das Geleistete auszusprechen unterstreicht die Wertschätzung - übrigens darf man das auch tun, wenn man nicht immer gleicher Meinung ist.

Als Präsident können Sie nicht aktiv an den Debatten und Diskussionen teilnehmen, erachten Sie das persönlich als Nachteil?

Das stimmt so nicht ganz. Ich habe nach wie vor die Möglichkeit mich an einer Diskussion zu beteiligen, wenn ich das möchte. In diesem Falle würde der Vizepräsident die Leitung der Diskussion übernehmen. Für mich ist aber klar, dass es wenig sinnvoll ist in beiden Rollen aufzutreten, habe ich doch die Möglichkeit meine Ansichten in der Fraktion zu äussern und dort meine Meinung zu platzieren. «Nur» zuzuhören hat für mich den Vorteil, dass ich die Diskussionen aus gewisser Distanz aufmerksam und ruhig mitverfolgen kann, ohne mir Gedanken über eine persönliche Wortmeldung zu machen.

Sehen Sie Potenzial zur Verbesserung in der Tätigkeit des Generalrates?

Ich bin der Ansicht, dass wir unter der Leitung meines Vorgängers Patrick Ducrey und der tatkräftigen Unterstützung unseres Gemeindeschreibers Freddy Huber bereits im ersten Generalratsjahr einen recht hohen Level erreicht haben. So hat der Generalrat Wünnewil-Flamatt ein genehmigtes Geschäftsreglement und einen von der Gemeindeganzlei eingerichteten Sharepoint, welcher die Arbeit des Sekretariats sicher erleichtert. Eine mögliche Verbesserung sehe ich dahingehend, dass der Generalrat die Meinung und Stimme der Wählerschaft mehr in seine Entscheide mit einbeziehen muss. Damit das erfolgen kann, müssen Gespräche und Diskussionen in der Bevölkerung geführt werden, da können wir, davon bin ich überzeugt, besser werden!

Sind Sie überzeugt, dass der Generalrat die richtige politische Form für Wünnewil-Flamatt ist?

Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht mit richtig oder falsch urteilen. Vielmehr bin ich überzeugt, dass der Generalrat eine zeitgemässe Form ist, bei der sich der Gemeinderat auf sachliche und fundierte Entscheide abstützen kann und die Verantwortung besser verteilt wird.

*Walter Stähli,
besten Dank und alles Gute!*

Umfahrungsstrasse Düdingen: Oberirdisch, unterirdisch oder ausserirdisch?



Seit Jahren wird über die Umfahrungsstrasse Düdingen diskutiert und Varianten gesucht um den Verkehr durch das Dorfzentrum von Düdingen zu vermindern. Seit Gründung der Agglo, in die wir notabene mit dem Versprechen gelockt wurden, dass die Umfahrungsstrasse dann realisiert würde, lesen wir regelmässig Berichte in den regionalen Medien über dieses Projekt. Dabei wird dem Leser nicht ganz klar, wer eigentlich wann, was entscheidet. Der schwarze Peter wird immer wieder hin und her geschoben.

Der Kanton sagt, er könne die Strasse erst bauen, wenn der Bund Birch-Luggiwil realisiert habe. Der Bund respek-

tive die zuständige Abteilung (ASTRA) lässt verlauten, dass dieses Projekt keine Priorität habe. Die Agglo hat zwar die Umfahrungsstrasse in ihr Programm aufgenommen, gibt diesem jedoch keine grossen Chancen, da vor allem Langsamverkehrsprojekte im Vordergrund stehen. Zudem wird verkündet, dass die Chancen auf Subventionen vom Bund sehr gering sind. Der Kanton müsste die ganzen Kosten übernehmen: Ein grosser Kraftakt, für den in einer Volksabstimmung eine Mehrheit gefunden werden müsste.

Mit der Präsentation der beiden Varianten und deren Kosten wird nun den Be-



Unterirdische Variante mit Kosten von 230 Mio Fr

fürwortern der Umfahrungsstrasse der Wind aus den Segeln genommen: Egal ob überirdisch (156 Mio.) oder unterirdisch (230 Mio.), die ausserirdisch hohen Kosten müssten die Freiburgerinnen und Freiburger aus der Staatskasse bezahlen. Und gebaut werden kann die Strasse sowieso erst, wenn Birch-Luggiwil fertig erstellt ist (wieso auch immer).

Als Bürger und Gewerbetreibender von Düdingen bin ich frustriert über diese Situation. Die täglichen Staus verursachen zusätzliche Schadstoffe, erhöhen das Unfallrisiko, sind ein ständiger Lärmfaktor und kosten uns unzählige



Oberirdische Variante mit Kosten von 156 Mio Fr

Stautunden. Seit Jahren ertragen wir diese Belastungen ohne zu klagen und in der Hoffnung, dass mit der versprochenen Umfahrungsstrasse Linderung in Aussicht steht. All die Planer und Politiker von Agglo, Kanton und Bund sehen keine Priorität, sie sind ja auch nicht Opfer. Der Verkehr nimmt aber ständig zu und ich kann mir nicht vorstellen, dass wir Düdingerinnen und Düdinger weitere Jahre klaglos zusehen werden.

*Patrik Stampfli
Präsident FDP Düdingen*

Impressum

FDP Sense:
Postfach 266
3186 Düdingen
www.fdp-sense.ch

Impuls:
Sabine Brägger-Stauffer
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

Inserate:
SENSIA AG
Bonnstrasse 22, 3186 Düdingen
e-mail: office@sensia.info

Druck:
SENSIA AG, 3186 Düdingen